

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	23
Einleitung	33
§ 1. Zweck und geschichtliche Entwicklung des Erbscheins	38
I. Die geschichtliche Entwicklung des Erbscheins	40
1. Das römische Recht	40
2. Das germanische Recht	42
3. Das gemeine Recht	43
4. Das Allgemeine Landrecht Preußens	44
a) Das Erblegitimationsattest	44
b) Die gerichtliche Erbbscheinigung im Preußischen Gesetz von 1869	45
5. Entwicklung seit 1900	45
II. Wesen und Funktion des Erbscheins	47
1. Der Nachweis gegenüber öffentlichen Stellen	49
a) Der Nachweis mittels Erbschein	49
b) Der Nachweis mittels sonstiger öffentlicher Urkunden	51
2. Der Nachweis gegenüber Privaten	53
§ 2. Bisherige Schwierigkeiten des Erbnachweises im internationalen Erbfall	57
I. Der Nachweis der Erbeneigenschaft in ausgewählten Mitgliedstaaten der EU	60
1. Der gerichtlich oder behördlich erteilte Erbnachweis	63
a) Griechenland	64
b) Besonderheiten in Elsass-Lothringen	65
c) Besonderheiten in den neuen Provinzen Italiens	66
d) Österreich	67
aa. Kollisionsrechtliche Schwierigkeiten im Zusammenhang mit der Einantwortung	68
bb. Wirkungen der Einantwortungsurkunde	70
e) Polen	71

2. Der notariell ausgestellte Erbnachweis	73
a) Frankreich	73
aa. Nachweis im unstreitigen Verfahren	74
(1) Der acte de notoriété	74
(2) Das intitulé d'inventaire	77
(3) Das certificat de propriété	77
bb. Nachweis im streitigen Verfahren	77
b) Belgien	78
c) Niederlande	79
d) Italien	80
3. Mitgliedstaaten ohne Erbnachweis	82
a) Der Erbnachweis durch Vorlage eines Nachlassinventars	83
aa. Dänemark	83
bb. Finnland	84
cc. Schweden	85
b) Der Erbnachweis in den common-law Staaten (England und Wales)	85
c) Der Erbnachweis in den übrigen Ländern ohne Erbschein	88
aa. Spanien	88
bb. Tschechische Republik	89
cc. Luxemburg	90
II. Die Anerkennung ausländischer Erbscheine vor Geltung der EU-Erbrechtsverordnung	90
1. Bilaterale Abkommen auf dem Gebiet des Erbrechts	92
a) Verträge ohne Anerkennungspflicht bzgl. ausländischer Erbscheine	92
b) Besonderheiten im deutsch-österreichischen und deutsch-türkischen Vertrag	95
aa. Das deutsch-türkische Nachlassabkommen	95
bb. Der deutsch-österreichische Vertrag von 1959	96
2. Autonomes Recht	98
a) Anerkennung von Erbnachweisen in anderen EU- Staaten	98
aa. Die Anerkennung in den common-law Staaten	100
bb. Anerkennung außerhalb der common-law Staaten	102
(1) „Automatische“ Anerkennung ohne weiteres Verfahren	102
(2) Anerkennung mit Apostille	103

(3) Weitere Anerkennungsvoraussetzungen	105
b) Anerkennung fremder Erbnachweise im autonomen deutschen Recht	107
aa. Meinungsstand zur Anerkennung nach § 16a FGG a.F.	107
bb. Meinungsstand zum heute geltenden § 108 FamFG	112
c) Der Erbnachweis mittels ausländischer Erbbescheinigung im deutschen Grundbuchrecht	114
aa. Die Substitution des deutschen Erbscheins	115
(1) Die Zulässigkeit einer Substitution am Beispiel des § 35 Abs. 1 S. 1 GBO	115
(2) Voraussetzungen der Substitution	119
bb. Rechtsfolge einer Substitution	120
3. Zusammenfassung und Bewertung	120
§ 3. Notwendigkeit einer Harmonisierung des Internationalen Erbrechts in Europa	122
I. Bereits vor Schaffung der EU-Erbrechtsverordnung bestehende Vereinheitlichungsversuche	123
1. Frühe Haager Konferenzen zur Vereinheitlichung des erbrechtlichen Kollisionsrechts	123
2. Nordisches Übereinkommen aus dem Jahre 1934	124
3. Das Haager Übereinkommen über die internationale Verwaltung von Nachlässen vom 02.10.1973	125
a) Inhalt des Übereinkommens von 1973	126
b) Gründe für die Erfolglosigkeit des internationalen Zertifikats zur Nachlassabwicklung	127
4. Das Haager Übereinkommen über das auf die Rechtsnachfolge von Todes wegen anwendbare Recht	129
II. Folgen der fehlenden Vereinheitlichung nationaler Kollisionsrechte	130
1. Unterschiedliche Anknüpfungen	131
2. Die unterschiedlichen Arten der Nachlassspaltung	132
3. Taktische Möglichkeiten durch forum shopping	137

§ 4. Vor Schaffung der EU-Erbrechtsverordnung diskutierte Ansätze zur Vereinfachung der Abwicklung internationaler Erbfälle	139
I. Das kollisionsrechtliche Anerkennungsprinzip als Alternative zum traditionellen Verweisungsprinzip des IPR	140
1. Die historische Herleitung des Anerkennungsgrundsatzes	141
2. Die Anerkennung von Rechtslagen	143
II. Bewertung des kollisionsrechtlichen Anerkennungsprinzips	145
III. Anerkennung als Alternative zur Schaffung eines Europäischen Erbscheins?	149
1. Die schweizerische Lösung in Art. 96 IPRG	150
2. Bewertung der Anerkennungslösung	151
§ 5. Die Entstehungsgeschichte der EU-Erbrechtsverordnung	155
§ 6. Die Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses	161
I. Bedenken vor Schaffung der EU-Erbrechtsverordnung	161
1. Kompetenzprobleme der EU hinsichtlich der Schaffung eines europäischen Erbscheins	161
2. Zweifel an der Realisierbarkeit eines europäischen Erbscheins	164
II. Heutige Ansichten zum Europäischen Nachlasszeugnis	166
§ 7. Die Koexistenz von Europäischem Nachlasszeugnis und Erbschein	168
I. Frühere Meinungen zum Verhältnis nationaler Erbnachweise zum Europäischen Nachlasszeugnis	169
1. Vorrang der nationalen Erbnachweise	169
a) Prozedurale Wirkung des Europäischen Nachlasszeugnisses	169
b) Rucksack-Funktion des Europäischen Nachlasszeugnisses	171
c) Abschließende Stellungnahme	174
2. Vorrang des Europäischen Nachlasszeugnisses	174
3. Nebeneinander aller erbrechtlicher Nachweis-papiere	177
II. Die Geltung des Europäischen Nachlasszeugnisses im Ausstellungs- und im Vorlagestaat	178
1. Die Geltung im Ausstellungsstaat	178
2. Die Geltung im Verwendungsstaat	181

III. Das Recht Dritter, die Vorlage eines bestimmten Erbnachweises zu fordern	181
1. Recht Dritter bzgl. der Vorlage eines Europäischen Nachlasszeugnisses	182
2. Das Recht Dritter auf Vorlage eines nationalen Erbnachweises	184
§ 8. Inhalt und Ausstellungsverfahren	186
I. Zuständigkeiten	186
1. Zuständigkeit für die Ausstellung des deutschen Erbscheins	186
a) Sachliche, örtliche und funktionale Zuständigkeit	186
b) Internationale Zuständigkeit	187
aa. Die Gleichlauftheorie vor Inkrafttreten des FGG-Reformgesetzes	187
bb. Die Doppelfunktionstheorie gemäß § 342 Abs. 1 Nr. 6 i.V.m. § 105 FamFG	190
(1) Der Eigenrechts- und der Fremdrechtserschein als „Welterbschein“	191
(2) Der Ausweis des Erbrechts bei Nachlassspaltung	191
(3) Der beschränkte Eigen- und Fremdrechtserschein	192
cc. Die internationale Zuständigkeit nach Geltung der EuErbVO	194
(1) Gründe für die Anwendung der Artt. 4 ff. EuErbVO auch auf nationale Erbnachweise	198
(a) Vermeidung sich widersprechender Erbnachweise durch Zuständigkeitskonzentration	198
(b) Abschließendes System für Zuständigkeiten und Gerichtsstandsvereinbarungen	201
(c) Schaffung eines Gleichlaufs von forum und ius	202
(2) Gründe gegen die Anwendung der Artt. 4 ff. EuErbVO auf nationale Erbnachweise	202
(3) Stellungnahme	204
(a) Wortlaut und Systematik des Art. 4 EuErbVO	205

(b) Historische Argumente	213
(c) Teleologische Argumente und Praktikabilitätsabwägungen	215
(d) Fazit	225
2. Zuständigkeit für die Ausstellung des Europäischen Nachlasszeugnisses	226
a) Sachliche, örtliche und funktionale Zuständigkeit in Deutschland	228
b) Die internationale Regelzuständigkeit nach Art. 4 EuErbVO	229
aa. Definition des Begriffs des „gewöhnlichen Aufenthaltes“	230
bb. Schwierigkeiten bei der Bestimmung des gewöhnlichen Aufenthaltes	235
cc. Die Ausweichklausel nach Art. 21 Abs. 2 EuErbVO	238
c) Die subsidiäre Zuständigkeit gemäß Art. 10 EuErbVO	239
d) Die Notzuständigkeit, Art. 11 EuErbVO	240
e) Die Zuständigkeit bei Rechtswahl des Erblassers (Artt. 6 und 7 EuErbVO)	241
aa. Die Möglichkeit der Rechtswahl des Erblassers nach Art. 22 EuErbVO	242
bb. Inhalt und Form der Rechtswahlerklärung	243
cc. Rechtsfolgen der Rechtswahl	244
(1) Der Erblasser wählt das Recht eines Drittstaats	244
(2) Der Erblasser wählt das Recht eines Mitgliedstaats	245
(a) Vornahme einer Gerichtsstandsvereinbarung, Art. 5 EuErbVO	245
(b) Rechtsfolgen einer Gerichtsstandsvereinbarung	248
II. Das Ausstellungsverfahren	249
1. Das Ausstellungsverfahren für den deutschen Erbschein	251
a) Die Antragsberechtigung und der Beteiligtenbegriff	251
aa. Der Antragsteller	251
bb. Der Beteiligtenbegriff	253
b) Inhalt des Antrages (§ 352 FamFG)	254
c) Der Amtsermittlungsgrundsatz (§§ 26, 29 FamFG)	255
d) Die Erteilung des Erbscheins, § 352e FamFG	257

e) Erbscheinsverfahren und Zivilprozess	258
2. Das Ausstellungsverfahren für das Europäische Nachlasszeugnis	260
a) Das Antragsverfahren	261
b) Die Voraussetzungen für die Ausstellung	263
aa. Feststehen des anwendbaren Rechts, Art. 67 EuErbVO	263
(1) Systematische und teleologische Auslegung	264
(2) Fazit	265
bb. Ausstellungshindernisse, Art. 67 Abs. 1 UAbs. 2 EuErbVO	266
(1) Die Einwände nach lit. a	266
(2) Die Einwände nach lit. b	270
cc. Die Unterrichtung der Berechtigten, Art. 67 Abs. 2 EuErbVO	271
dd. Die Ausstellung des Europäischen Nachlasszeugnisses	271
c) Die beglaubigte Abschrift des Europäischen Nachlasszeugnisses	272
aa. Die Abschrift als Ausfertigung i.S.d. deutschen Beurkundungsrechts	272
bb. Die Befristung der Gültigkeit, Art. 70 Abs. 3 EuErbVO	274
III. Der Inhalt des Nachweisdokuments	275
1. Der Inhalt des Erbscheins	275
a) Unterschiedliche Arten von Erbscheinen	275
b) Die Angaben im Erbschein	276
2. Der Inhalt des Europäischen Nachlasszeugnisses	277
a) Die unterschiedlichen Arten eines Europäischen Nachlasszeugnisses	278
b) Ausgewählte Angaben im Europäischen Nachlasszeugnis im Überblick	279
aa. Art. 68 lit. b EuErbVO: Darstellung der Umstände der Zuständigkeit	279
bb. Art. 68 lit. h EuErbVO: Angaben zum ehelichen Güterstand	280
cc. Die Angaben zur Erbfolge	280
(1) Angaben zum Erbstatut, Art. 68 lit. i EuErbVO	281
(2) Angaben zu Verfügungen von Todes wegen, Art. 68 lit. j EuErbVO	281

(3) Angaben zu den Berechtigten, ihren Erbteilen und Vermögensrechten sowie bestehenden Beschränkungen, lit. g, l, m und n	283
IV. Rechtsmittel	285
1. Rechtsmittel im Zusammenhang mit dem deutschen Erbschein	285
a) Beschwerde gegen die Ablehnung der Erteilung eines Erbscheins	285
b) Beschwerde bei Bewilligung der Ausstellung eines Erbscheins	286
2. Rechtsmittel in Zusammenhang mit dem Europäischen Nachlasszeugnis	287
V. Kosten	288
1. Kosten für die Ausstellung eines Erbscheins	288
a) Anfallende Kosten	290
aa. Geschäftswert	290
bb. Gerichtskosten und Auslagen	290
cc. Notwendige Auslagen der Parteien	291
b) Kosten im Beschwerdeverfahren	292
c) Die Anfechtung einer Kostenentscheidung	292
d) Antrag auf Beschlussergänzung	293
2. Kosten für die Ausstellung eines Europäischen Nachlasszeugnisses	293
§ 9. Das Verfahren bei Unrichtigkeit des ausgestellten Erbnachweises	296
I. Verfahren bei Fehlerhaftigkeit des Erbscheins	296
1. Die Fehlerhaftigkeit des Erbscheins	297
a) Inhaltliche Fehler	297
b) Verfahrensverstöße	298
2. Die Einziehung des Erbscheins, § 2361 BGB	299
a) Zuständigkeiten	299
b) Verfahrensablauf	299
3. Die Kraftloserklärung, § 353 Abs. 1 FamFG (§ 2361 Abs. 2 BGB a.F.)	301
4. Herausgabeanspruch des wirklichen Erben, § 2362 BGB	301
5. Vorläufige Maßnahmen zum Schutz der wahren Erben	302

6. Die Beschwerde gegen die Einziehung/Kraftloserklärung	303
a) Die Beschwerde gegen die Einziehung oder deren Ablehnung	304
b) Das Vorgehen gegen die Kraftloserklärung	305
II. Das Verfahren bei Unrichtigkeit des Europäischen Nachlasszeugnisses	305
1. Die Berichtigung, die Änderung und der Widerruf des Europäischen Nachlasszeugnisses	306
a) Fehlerhaftigkeit des Europäischen Nachlasszeugnisses	306
b) Das Verfahren bei Unrichtigkeit des Europäischen Nachlasszeugnisses	307
2. Die Aussetzung der Wirkungen des Zeugnisses	309
3. Die Unterrichtung des Inhabers beglaubigter Abschriften	310
4. Rechtsfolgen von Änderung, Widerruf und Aussetzung der Wirkungen	311
a) Die Wirkung von Berichtigung, Änderung und Widerruf der Urschrift auf die beglaubigten Abschriften	311
b) Rechtsfolgen einer Aussetzung der Wirkung, Art. 73 EuErbVO	312
c) Möglichkeit der Einziehung oder der Rückgabe zu den Akten	314
d) Weitere Schutzmöglichkeiten der Erben	317
§ 10. Die Wirkungen von Erbschein und Europäischem Nachlasszeugnis	319
I. Die Wirkungen des deutschen Erbscheins	319
1. Die Vermutungswirkung, § 2365 BGB	319
a) Inhalt und Umfang der Vermutungswirkung	320
b) Die Vermutung im Erbrechtsstreit	322
2. Die Gutgläubenswirkung	325
a) Erwerb durch Rechtsgeschäft im Sinne eines Verkehrsgeschäfts	326
b) Existenz des Erbscheins	327
c) Bezeichnung als Erbe	329
d) Erwerb eines Nachlassgegenstandes durch einen Dritten	329
e) Der Schutz des Gutgläubigen, §§ 2366 f. BGB	331

3. Das Zusammentreffen zweier sich widersprechender Erbscheine	334
a) Die ständige BGH-Rechtsprechung und herrschende Meinung	334
b) Kritik an der BGH-Rechtsprechung	335
c) Stellungnahme	337
II. Die Wirkungen des Europäischen Nachlasszeugnisses (Art. 69 EuErbVO)	339
1. Die Vermutungswirkungen	339
2. Die Beweiswirkung im Grundbuchrecht	341
3. Die Gutgläubenswirkung	343
a) Die Art des gewährten Gutgläubensschutzes	344
e) Die Grenze des Gutgläubensschutzes	346
f) Wirkungen des Europäischen Nachlasszeugnisses bei Widerruf	348
g) Das Zusammentreffen sich widersprechender Europäischer Nachlasszeugnisse	349
§ 11. Die Anerkennung nationaler Erbnachweise nach Artt. 39 und 59 EuErbVO	350
I. Anerkennung ausländischer Erbnachweise nach Art. 39 EuErbVO	350
II. Die „Annahme“ nationaler Erbnachweise gemäß Art. 59 EuErbVO	354
1. Bisheriges Verfahren bei Vorlage ausländischer Urkunden im deutschen Recht	356
2. Nationale Erbscheine als „öffentliche Urkunden“ i.S.d. Norm	357
a) Argumente für eine enge Auslegung des Anwendungsbereichs	358
aa. Unsicherheiten für den Rechtsverkehr	359
bb. Umschreibung des Grundbuchs nur nach Vorlage eines deutschen Erbscheins oder eines Europäischen Nachlasszeugnisses	360
b) Argumente für eine weite Auslegung des Anwendungsbereichs	361

3. Der Begriff der „formellen Beweiskraft“ in Art. 59 Abs. 1 EuErbVO	361
a) Entstehungsgeschichte des Art. 59 Abs. 1 EuErbVO	362
aa. Diskussionen zum Begriff der „Anerkennung“ in Art. 34 EuErbVO-E	362
bb. Parallel verwendete Begrifflichkeiten in anderen EU-Verordnungen	365
(1) Der Begriff der „Anerkennung“ in der Brüssel IIa VO (EuEheVO)	366
(2) Der Begriff der „Annahme“ in der Verordnung (EU) 2016/1191	368
b) Heutige Rechtsansichten zur Wirkung des Art. 59 Abs. 1 EuErbVO	369
aa. Die „Annahme“ materiell-rechtlicher Wirkungen von Erbnachweisen	369
bb. Bloße formelle Beweiswirkungen „angenommener“ Urkunden	370
c) Stellungnahme	372
aa. Wortlaut und Systematik des Art. 59 Abs. 1 EuErbVO	373
bb. Historische Auslegung	374
cc. Teleologische Argumente	374
(1) Umgehung des geschaffenen Kollisionsrechts	374
(2) Fehlender praktischer Nutzen	376
(3) Hinfälligkeit einer Wirkungserstreckung nationaler Erbnachweise nach Schaffung des Europäischen Nachlasszeugnisses	378
§ 12. Widerspruch zwischen Europäischem Nachlasszeugnis und nationalen Erbnachweisen	380
I. Gründe für eine Divergenz zwischen nationalen Erbnachweisen und dem Europäischen Nachlasszeugnis	381
1. Unterschiedliche Vorfragenanknüpfung	382
a) Die Schaffung der EUGüVO und der EuPartVO	384
b) Die Zuständigkeiten und die Rechtswahl nach der EuGüVO/EuPartVO	385
c) Selbstständige und unselbstständige Vorfragenanknüpfung	388
aa. Darstellung der Problematik	389
bb. Stellungnahme	392

d) Die Substitution und die Anpassung bei Disharmonie von Erb- und Güterrechtsstatut	395
e) Die Abgrenzung von Erb- und Güterrechtsstatut	397
aa. Abgrenzung der Anwendungsbereiche von EuErbVO und EuGüVO	398
bb. Schwierigkeiten im Zusammenhang mit § 1371 Abs. 1 BGB	399
(1) Rechtliche Qualifikation des § 1371 Abs. 1 BGB	402
(a) Qualifikation aus deutscher Sicht	402
(b) Qualifikation aus europäischer Sicht	406
(2) Der Inhalt des Europäischen Nachlasszeugnisses unter Einbeziehung des Güterrechts am Beispiel des § 1371 Abs. 1 BGB	408
(a) Widersprüche im Wortlaut der Verordnung	409
(b) Bestehende Lösungsansätze	410
(c) Stellungnahme	412
cc. Vorlage beim EuGH	416
f) Die Eingetragene Lebenspartnerschaft im Kontext der EU-Erbrechtsverordnung	418
aa. Problemendarstellung	418
bb. Folgen für den Erbnachweis	420
cc. Lösungsvorschläge	421
2. Das ungeklärte Verhältnis von Erbstatut zum Sachenrechtsstatut	422
a) Abgrenzung von Erb- und Sachenrechtsstatut nach deutschem IPR	424
b) Abgrenzung von Erb- und Sachenrechtsstatut unter Geltung der EuErbVO	427
aa. Historische Auslegung	429
(1) Diskussionen im Europäischen Parlament	429
(2) Ansicht des deutschen Gesetzgebers bei Schaffung des IntErbRVG	431
bb. Systematische und teleologische Auslegung	432
(1) 1. Auslegungsmöglichkeit: Vorrang des Sachenrechtsstatuts	433
(a) Keine Differenzierung zwischen dinglichem Recht und Erwerbsvorgang	433

(b) Differenzierung hinsichtlich Mobilien und Immobilien	435
(c) Zwischenergebnis	436
(2) 2. Auslegungsmöglichkeit: Vorrang des Erbstatuts	437
(3) Das Registerrecht gemäß Art. 1 Abs. 2 lit. I EuErbVO	440
(4) Stellungnahme	442
3. Unterschiede hinsichtlich bestehender bilateraler Abkommen (Art. 75 Abs. 1 EuErbVO)	449
a) Bestehende bilaterale Abkommen in den einzelnen Mitgliedstaaten	449
b) Problemendarstellung und Lösungsvorschläge	451
aa. Der Ausstellungsstaat ist durch einen bilateralen Vertrag gebunden	452
(1) Keine Ausstellung eines Europäischen Nachlasszeugnisses bei vorrangig zu beachtenden bilateralen Verträgen	452
(2) Die Berücksichtigung bilateraler Verträge des Ausstellungsstaats sind hinzunehmen	453
(3) Keine Berücksichtigung bilateraler Verträge im Europäischen Nachlasszeugnis	454
(4) Beschränkung der Anwendung der Abkommen auf Inlandsvermögen	455
(5) Stellungnahme	456
bb. Anderweitige Bindung des Verwendungsstaats durch bilateralen Vertrag	459
II. Folgen einer Divergenz zwischen nationalen Erbnachweisen und dem Europäischen Nachlasszeugnis	461
1. Prozessuale Folgen	463
2. Folgen für die materiell-rechtlichen Wirkungen beider Erbnachweise	464
a) Beide Erbnachweise stimmen überein	464
b) Europäisches Nachlasszeugnis und Erbschein divergieren inhaltlich	465
aa. Darstellung der bisher entwickelten Lösungswege	466
(1) Vorrangstellung der nationalen Erbnachweise	467
(2) Vorrangstellung des Europäischen Nachlasszeugnisses	470

(3) Wirkungslosigkeit sich widersprechender Erbnachweise	471
(4) Nebeneinander der Gutgläubenswirkung beider Papiere	472
bb. Stellungnahme	474
(1) Folgen für den Gutgläubensschutz des Europäischen Nachlasszeugnisses	475
(2) Folgen für den Gutgläubensschutz des Erbscheins	477
(a) Erbschein und Europäisches Nachlasszeugnis divergieren, der Dritte hat keine Kenntnis von der Existenz des vom Erbschein abweichenden Europäischen Nachlasszeugnisses	477
(b) Der Dritte erlangt Kenntnis vom divergierenden Europäischen Nachlasszeugnis	481
3. Verfahren des Grundbuchamtes bei Vorlage sich widersprechender Erbnachweise	482
III. Widerspruch zwischen mehreren ausgestellten Europäischen Nachlasszeugnissen	484
1. Gründe für die Ausstellung konfligierender Europäischer Nachlasszeugnisse	485
a) Probleme im Zusammenhang mit der Beurteilung des letzten gewöhnlichen Aufenthaltes	485
b) Fehlende Pflicht zur Einziehung	486
2. Rechtsfolge bei Vorliegen sich widersprechender Europäischer Nachlasszeugnisse	486
a) Prozessuale Folgen	487
b) Folgen für die materiell-rechtlichen Wirkungen beider Europäischer Nachlasszeugnisse	489
aa. Widersprechende Europäische Nachlasszeugnisse entfalten keine Gutgläubenswirkung	489
bb. Allein die Vermutungswirkung entfällt, nicht die Gutgläubenswirkung	490
cc. Stellungnahme	491
§ 13. Schlussbetrachtungen	493
I. Bisherige Erfahrungen der Praxis mit dem neuen Europäischen Nachlasszeugnis	493

II. Der Blick in die Zukunft	495
1. Möglichkeit und Grenzen weiterer Vereinheitlichungsbestrebungen	495
2. Kompetenz- und verfassungsrechtliche Bedenken	501
Literaturverzeichnis	505